



Im Chaos

Immer wieder ist Libyen als »zerfallener Staat« in den Schlagzeilen – fast jeden Tag kommen von dort Hunderte Flüchtlinge nach Europa. Die militärische Intervention des Westens hat ein unregierbares Land hinterlassen. Von Werner Ruf

SEITEN 12/13

Zugespitzt Iran droht, Trump handelt: US-Präsident will Atomabkommen mit Teheran platzen lassen 3	Ungerührt Entgegen von der Leyens Ankündigung: Nazioffiziere weiterhin Vorbilder für die Bundeswehr 4	Abgelehnt Tourist go home: Proteste gegen Invasion von Urlaubern in Spanien spitzen sich zu 7	Losgelöst Space Economy: Luxemburg bietet erstmalig Verwertungsrechte für Planeten und Asteroiden feil 9
---	---	---	--

Retter in Gefahr

Libysche Küstenwache attackiert Hilfsorganisation. Spanische Aktivistin erhält Morddrohungen. Doch die EU ist zufrieden. **Von André Scheer**

Mit einem dramatischen Appell haben 75 vor allem spanische Hilfsorganisationen am Mittwoch auf die zunehmenden Drohungen gegen Menschenrechtsaktivisten aufmerksam gemacht, die sich an den EU-Außengrenzen für Schutzsuchende einsetzen. Anlass für die Erklärung waren Mordaufrufe gegen Helena Maleno Garzón, die für die NGO »Caminando Fronteras« an der Grenze zwischen Marokko und der spanischen Exklave Ceuta aktiv ist.

Eine gefährliche Zuspitzung erlebte am Dienstag auch die Hilfsorganisation Proactiva Open Arms. Ihr Rettungsschiff »Golfo Azzurro« wurde den Angaben der spanischen NGO zufolge in internationalen Gewässern von der libyschen Küstenwache aufgebracht. Zunächst sei die Besatzung aufgefordert worden, den Beamten nach Tripolis zu folgen. Bei einer Weigerung werde man das Feuer eröffnen. Nach etwa zwei Stunden forderten die Libyer sie auf, nach Norden zu fahren und nicht mehr zurückzukehren. Am Mittwoch versuchten dann die Rassisten der »Identitären Bewegung« mit ihrer »C Star«, die Arbeit der Retter zu behindern.

Schon in der vergangenen Woche hatte die Organisation mitgeteilt, von der Küstenwache des nordafrikanischen Landes mit Warnschüssen bedrängt worden zu sein. Am Wochenende kündigten die Hilfsorganisationen Sea Eye, Ärzte ohne Grenzen und Save the Children an, ihre Rettungseinsätze vorläufig einzustellen. Die Ankündigung Libyens, die eigene »Such- und Rettungszone« auf internationale Gewässer auszuweiten, mache den Einsatz der NGOs zu riskant.

Seit Herbst vergangenen Jahres wird die libysche Küstenwache von der EU



Einsatz der »Golfo Azzurro« für in Seenot geratene Flüchtlinge am 1. April vor der libyschen Küste

finanziell, materiell und mit Ausbildern unterstützt. Sie untersteht der »Einheitsregierung« in Tripolis, die zwar über keinerlei demokratische Legitimation verfügt, trotzdem aber von der UNO und der EU als »rechtmäßig« anerkannt wurde. Das Regime ist politisch verantwortlich für die etwa zwei Dutzend Lager, in die Flüchtlinge in Libyen eingepfercht werden. Über die Zustände dort schreibt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International in ihrem aktuellen Jahresbericht: »Die Inhaftierten lebten unter erbärmlichen Bedingungen und wurden vom Wachpersonal gefoltert und anderweitig misshandelt. In Berichten war von

Schlägen, Schüssen, Ausbeutung und sexualisierter Gewalt die Rede.«

Konsequenzen zieht man in der EU aus solchen Informationen keine. Rom vereinbarte mit den Machthabern in Tripolis Anfang August sogar den Einsatz der italienischen Kriegsmarine in libyschen Hoheitsgewässern. Pro Asyl warnte daraufhin, es drohe eine menschenverachtende Arbeitsteilung: »Italien interveniert, die libysche Küstenwache schleppt die Bootsflüchtlinge zurück in die Hölle«, so der Europareferent der Vereinigung, Karl Kopp. Auch die UN-Berichterstatteerin über außergerichtliche und willkürliche Hinrichtungen, Agnes Callamard, warnte am

Dienstag, wer Flüchtlinge nach Libyen zurückschaffen lasse, setze diese weiterer Gewalt aus.

In Brüssel und Rom jubelt man trotzdem, dass die libysche Küstenwache »deutlich stärker Präsenz« im Mittelmeer zeige. Das habe Schmuggler davon abgeschreckt, Flüchtlinge auf Boote in Richtung Europa zu setzen, behauptete am Montag die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind in diesem Jahr trotzdem schon mehr als 2.400 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen.

■ Siehe Seite 7

Venezuela: Demonstranten sollen vor Zivilgerichte

Caracas. In Venezuela soll festgenommenen Demonstranten vor Zivil- und nicht vor Militärgerichten der Prozess gemacht werden. Das ordnete die verfassunggebende Versammlung (ANC) am Dienstag an. Bislang hatte nach gewalttätigen Angriffen von Regierungsgegnern auf Einrichtungen der Streitkräfte deren Justiz die Verhandlungen übernommen. Das war von Menschenrechtsorganisationen kritisiert worden.

»Wir alle wissen, wie es dazu gekommen ist«, sagte ANC-Präsidentin Delcy Rodríguez. »Das liegt an der Untätigkeit und Trägheit der Staatsanwaltschaft.« Die Versammlung hatte in der vergangenen Woche die bisherige Generalstaatsanwältin Luisa Ortega abgesetzt. Ihr Nachfolger Tarek William Saab teilte am Dienstag über Twitter mit, dass Wuilly Arteaga, der wegen seines Geigenspiels während der Oppositionsproteste von den Medien gefeiert worden war, aus der Haft entlassen wurde. (Reuters/JW)

■ Siehe Seite 7

Gewerkschaft: Eurowings provoziert Streik



Frankfurt am Main. Die seit April laufende Schlichtung im Tarifkonflikt bei der Lufthansa-Billigtochter Eurowings ist nach Angaben der Flugbegleiter-Gewerkschaft UFO gescheitert. Die Geschäftsleitung von Eurowings habe keine Lösung erarbeitet, teilte UFO am Mittwoch mit. Grund dafür sei die Insolvenz des Lufthansa-Rivalen Air Berlin, durch die der Konzern billig an Flugzeuge und Personal kommen könne. »Mit dieser neuen Situation sind flächendeckende Arbeitskämpfe zu erwarten«, kündigte die Gewerkschaft an. Der Tarifstreit dort dauert bereits seit drei Jahren an. Lufthansa will mit ihrer Billigtochter den Rivalen Ryanair und Easyjet mehr Konkurrenz machen und verhandelt derzeit über eine Übernahme von Teilen der insolventen Air Berlin. (Reuters/JW)

■ Siehe Seiten 5 und 8

jW wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)
www.jungewelt.de/lpg



Agenten im Finanzamt

Beim Geld gibt's kein Pardon: Bundesanwaltschaft klagt Schweizer wegen Spionage an

Die Bundesanwaltschaft hat einen Schweizer wegen des Verdachts des Ausspionierens deutscher Steuerfahnder angeklagt. Die Karlsruher Behörde wirft dem 54-jährigen Daniel M. geheimdienstliche Agententätigkeit vor, wie sie am Mittwoch mitteilte. Die Anklage war bereits am 8. August vor dem Staatsschutzsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts erhoben worden.

Demnach soll M. zwischen Juli 2011 und Februar 2015 im Auftrag eines Schweizer Geheimdienstes die Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen

ausgespäht haben. Den Ermittlern zufolge zählte es zu seinen Aufgaben, Informationen über die Arbeitsweise deutscher Behörden beim Ankauf von Steuerdaten zu beschaffen.

Dafür sollte M. zunächst die bei dem Geheimdienst nur lückenhaft vorhandenen persönlichen Daten deutscher Steuerfahnder vervollständigen. Das habe den Eidgenossen deren Strafverfolgung ermöglicht, wenn sie am Ankauf von Bankdaten beteiligt gewesen waren. Gegen drei nordrhein-westfälische Beamte ergingen daraufhin Haftbefehle.

Der Inhaber einer hessischen Sicherheitsfirma soll M. bei der Beschaffung der persönlichen Daten geholfen haben. Unterstützt habe der Hesse den mutmaßlichen Spion auch bei der Platzierung einer Quelle in der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalens, so die Karlsruher Ermittler. Die Identität dieser Quelle sei noch unklar.

Für seine Aufträge erhielt M. der Bundesanwaltschaft zufolge 13.000 beziehungsweise 90.000 Euro, die er teilweise an seinen Geschäftspartner weitergeleitet haben soll. Der Mann

soll außerdem etwa ein halbes Jahr lang monatlich pauschal 3.000 Euro von dem Nachrichtendienst bekommen haben. Der Schweizer sitzt seit seiner Festnahme am 28. April in Untersuchungshaft. Das Oberlandesgericht muss nun über die Zulassung der Anklage entscheiden.

NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper sagte, es stünden schwerwiegende Vorwürfe im Raum. Die Entscheidung der Bundesanwaltschaft zeige, dass diese sehr ernst zu nehmen seien.

(dpa/JW)